

# Nach der Corona- Krise: Altschuldenfrage erledigt?

Eine finanzwissenschaftliche und juristische Perspektive

---

WOLFGANG FÖRSTER/ PROF. DR. RUDOLF WENDT

13. WORKSHOP „JAHRBUCH FÜR ÖFFENTLICHE FINANZEN“,  
LEIPZIG

# Ausgangslage

---

Hohe irreguläre Verschuldung auf kommunaler Ebene durch  
Kassenkredite

Unabweisbarer Handlungsbedarf

Länder ergreifen Gegenmaßnahmen

Koalitionsvertrag Bund: Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse

# Maßnahmen und Projekte

---

Ländervotum aus Kommission: KdU-Entlastung plus Altschuldenhilfe

Hessenkasse

Saarlandpakt

Scholz-Initiativen

- Scholz 1 (vor Corona) Telefon-Diplomatie
- Scholz 2 (mit Corona)

# Ergebnisse

---

„Zur Stärkung der Kommunen angesichts der dort ebenfalls auftretenden Steuerausfälle wird der Bund dauerhaft weitere 25% und insgesamt bis zu 75% der **Kosten der Unterkunft im bestehenden System übernehmen.**“

Aus: Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020

# Bewertung

---

Deutscher Landkreistag, 7.09.2020:

<<Die Entlastung bei den KdU **gehe damit weit über den Altschulden-Vorschlag des Bundesfinanzministers hinaus** und helfe den Kommunen in ganz Deutschland. „Vorstößen aus einzelnen Bundesländern treten wir deshalb entgegen, die eine erneute Debatte um die Übernahme kommunaler Kassenkredite durch den Bund beginnen wollen. **Dieses Thema muss für den Bund ein für alle Mal erledigt sein.**>>

# DST / DStGB

---

<<Die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft um 25 Prozent ist daher auch als eine Maßnahme zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu sehen.>>

Aus: Stellungnahme Gesetzesanhörung vom 1.9.2020

# DStGB

---

<<Die Altschuldenfrage sei auch eine nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland, zu denen sich alle politischen Parteien bekennen würden, sagte Landsberg.

Als Lösungsweg schlug er für die nächste Legislaturperiode einen Altlastentilgungsfonds vor. >>

Aus: Der neue Kämmerer, 14.08.2020

# Deutscher Städtetag

---

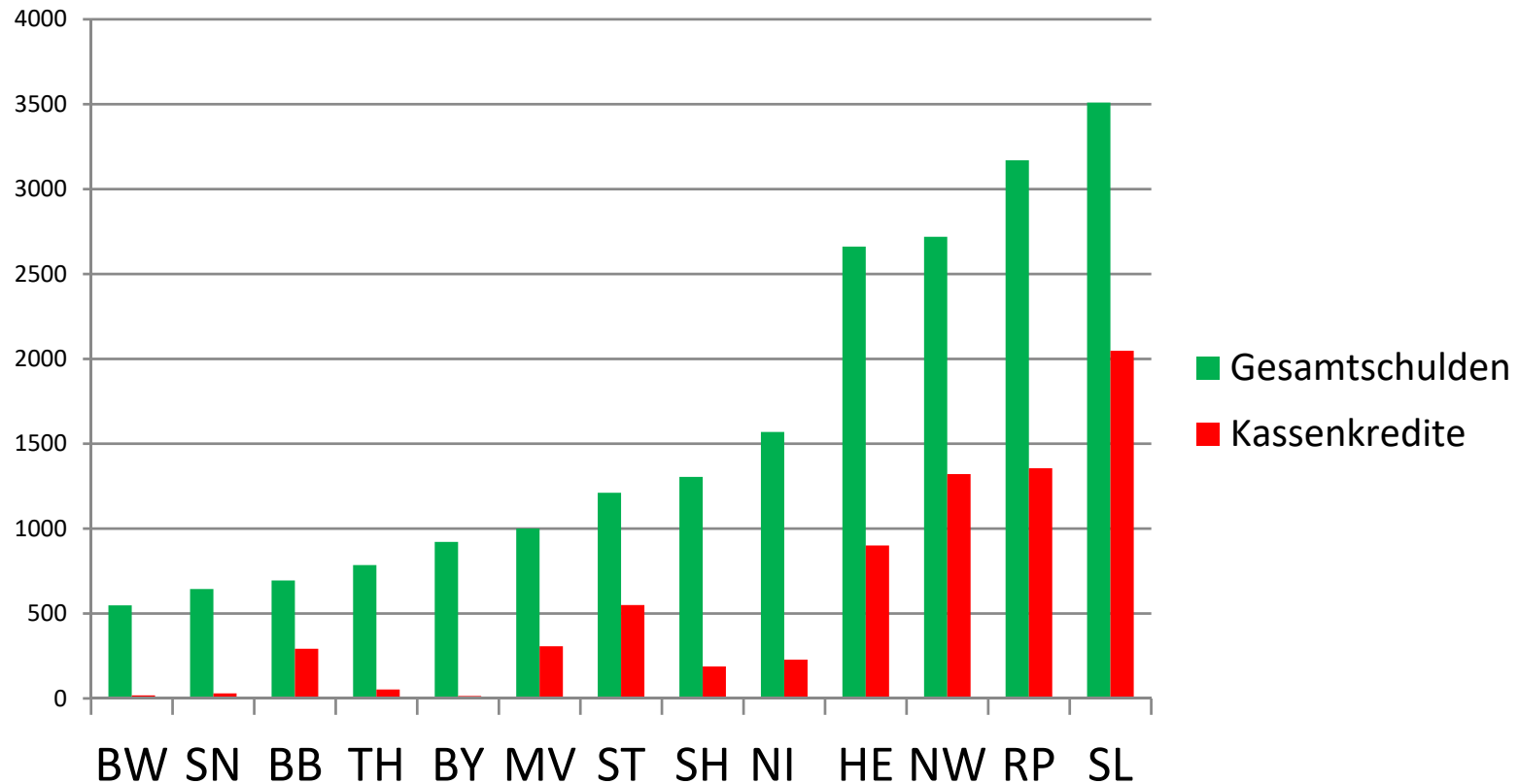
>>Der Bund übernimmt zwar für 2020 die Gewerbesteuerausfälle und will sich dauerhaft stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligen. Beides ist gut. Doch damit allein lässt sich ein Einbruch der kommunalen Investitionen in den kommenden Jahren nicht verhindern. Nötig sind Zusagen von Bund und Ländern für eine Unterstützung über 2020 hinaus. Und wir brauchen ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen, damit nicht gerade in den Städten die Investitionen besonders stark wegbrechen, wo sie am nötigsten sind", so Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy abschließend.<<

Deutscher Städtetag, 4.9.2020

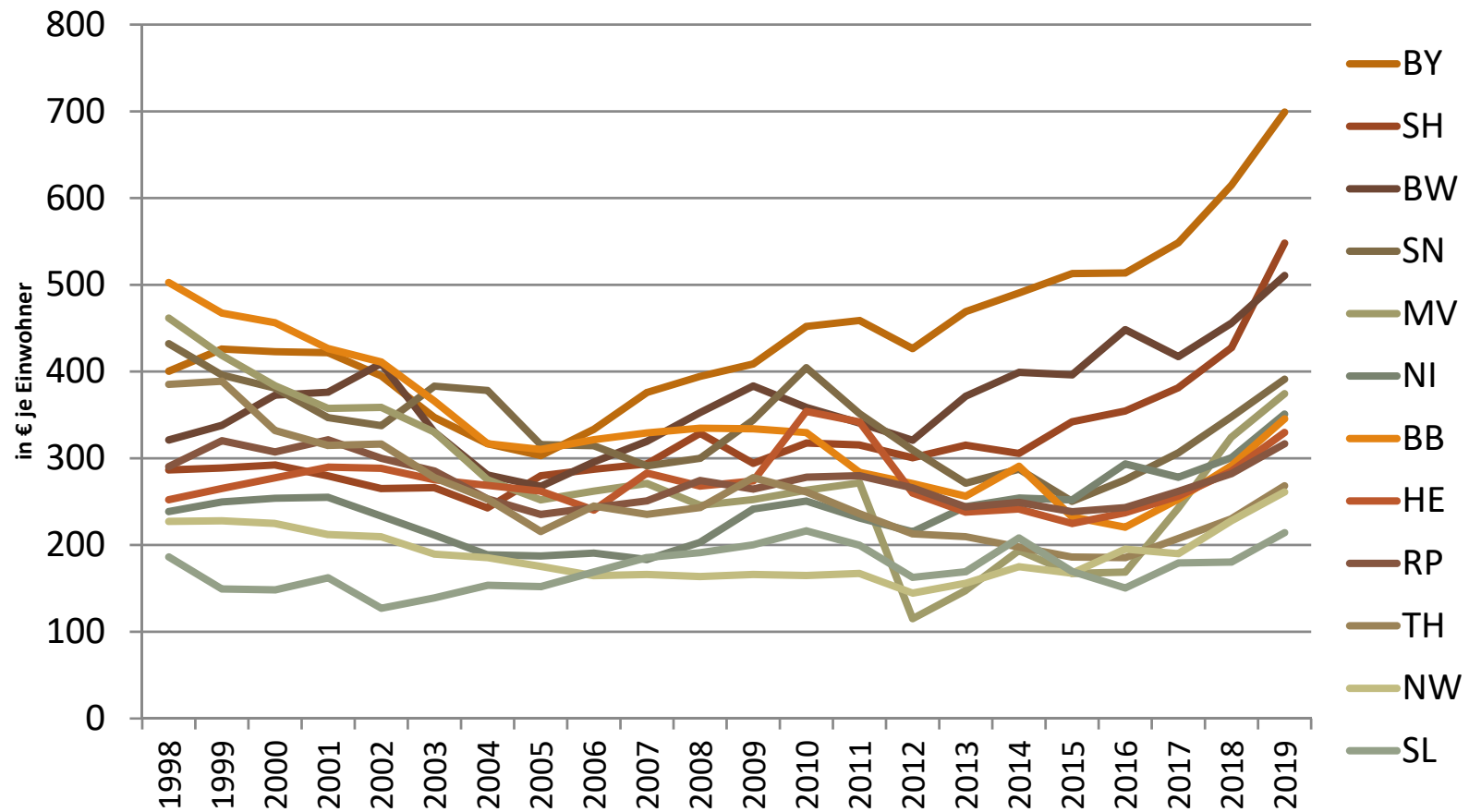


# Kommunalverschuldung 2017

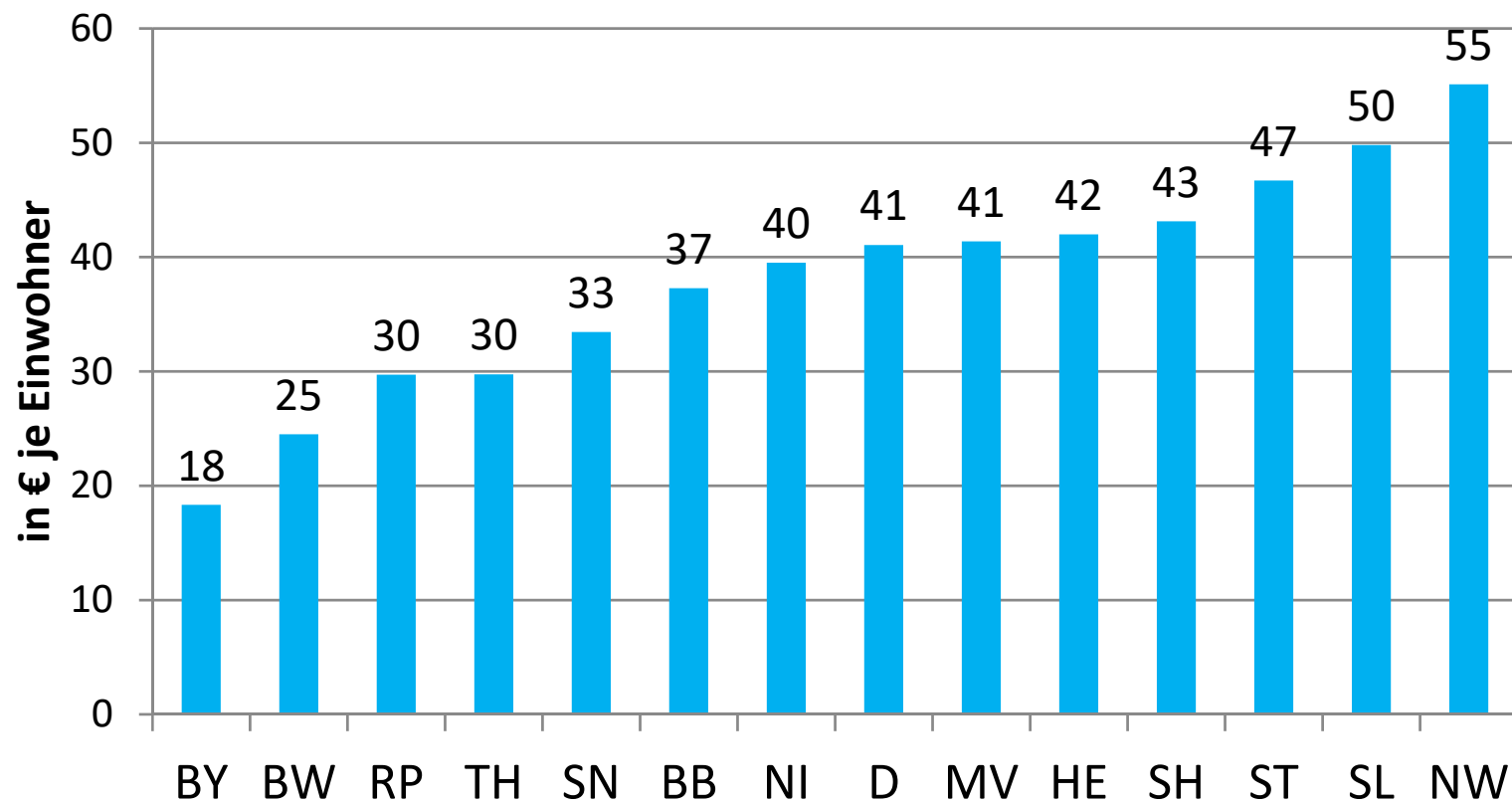
- beim nicht-öffentlichen Bereich -



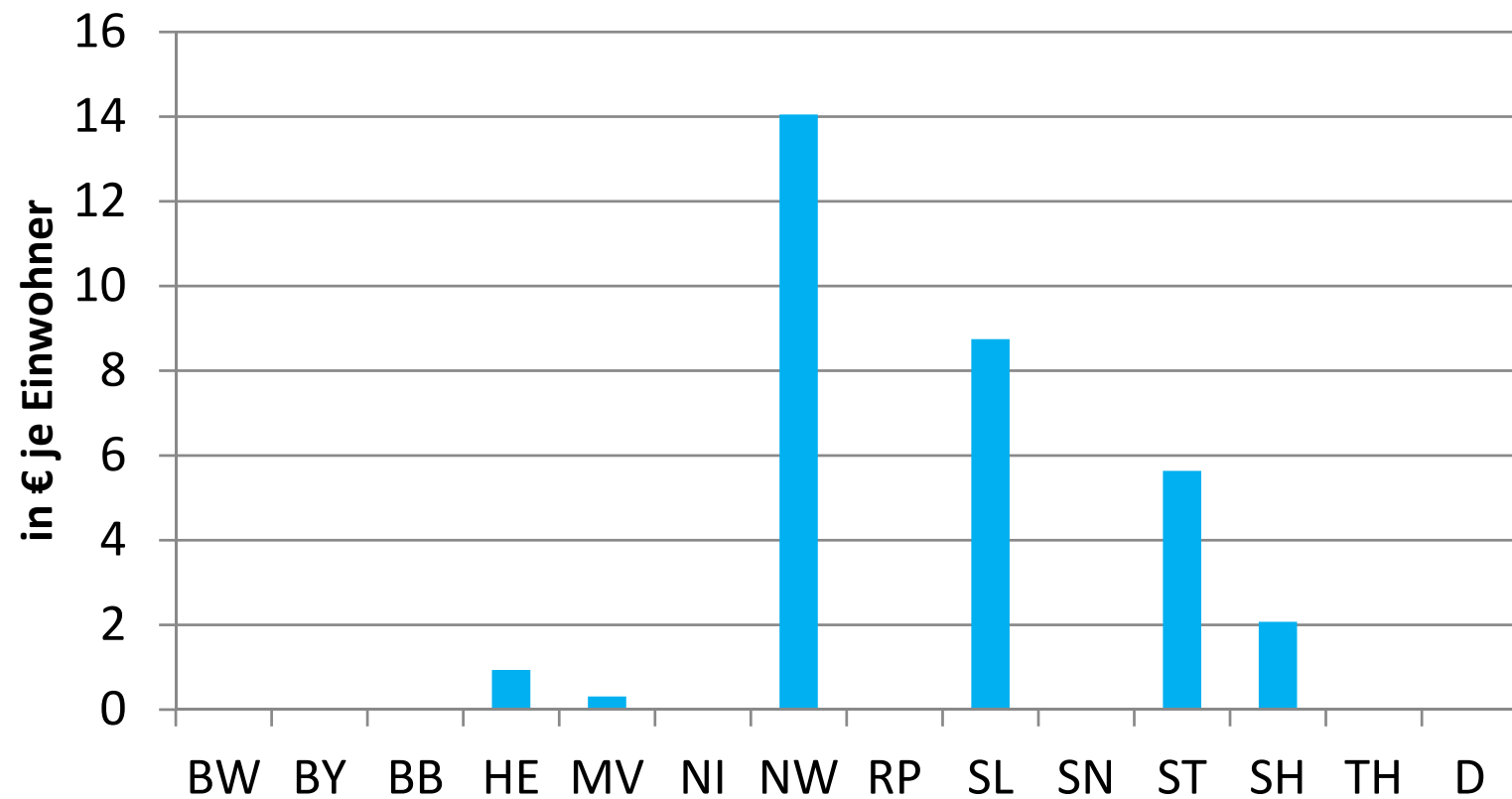
# Kommunale Investitionsausgaben



# KdU-Entlastungseffekt

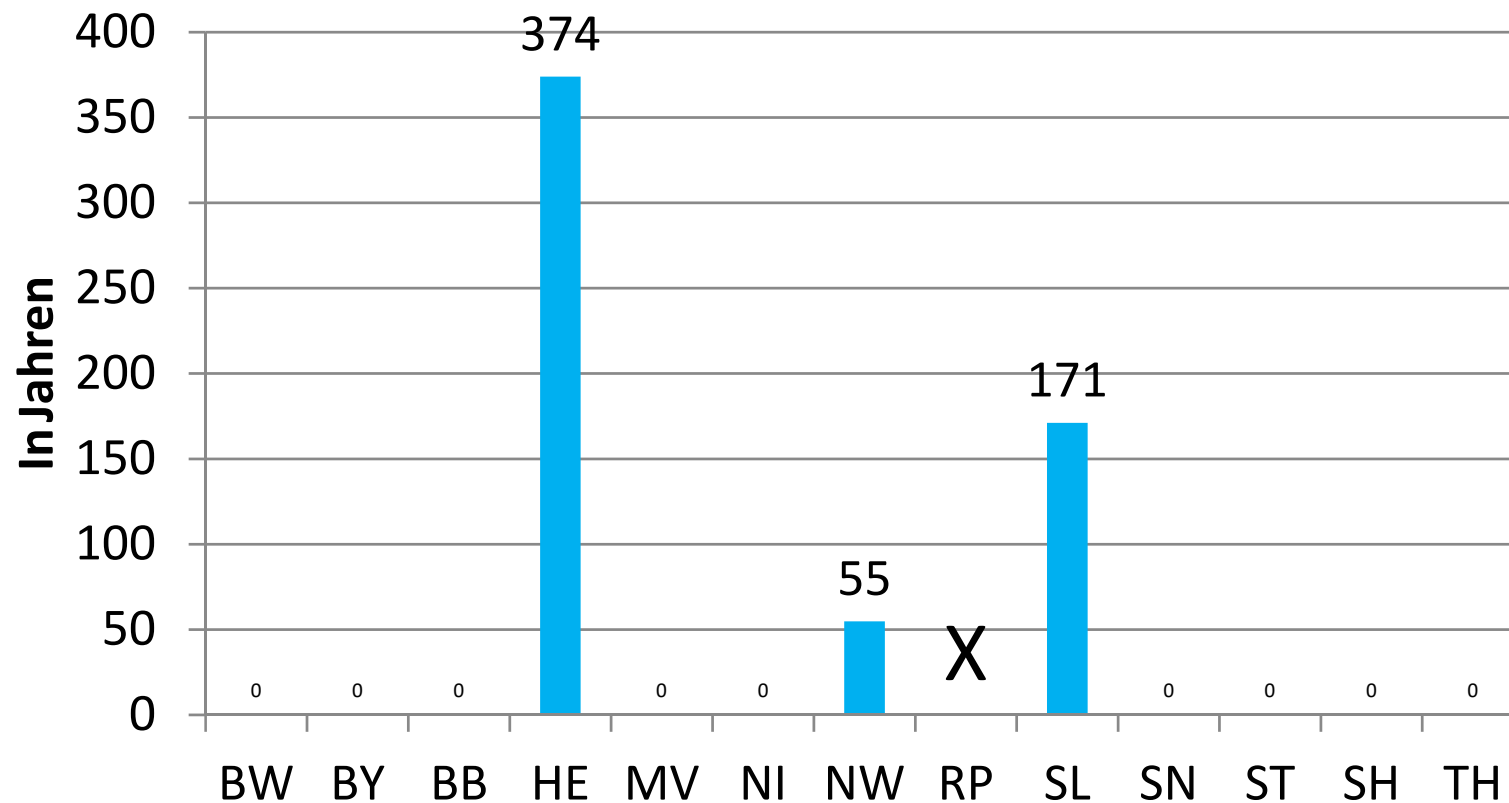


# Relative KdU-Entlastung



Kassenkredite

# Zeitraum der Tilgung finanziert durch relative KdU-Entlastung



# Zweistufiges Altschuldenmodell

---

Grundsatz der Freiwilligkeit

1. Stufe: Teilnehmende Länder übernehmen kommunale Kassenkredite mindestens nach Abgrenzung Bund

2. Stufe: Bund übernimmt 50 % der nach Abgrenzung Bund übernommenen Kassenkredite

Anerkennung und Berücksichtigung von Vorleistungen

Analoge Behandlung Stadtstaaten

Vermeidung des Neuaufbaus

# Hindernis: GG-Änderung?

---

Verfassungsrechtliche Bewertung